

Berliner Kompass



Infoblatt des Bundestagsabgeordneten
Hans-Werner Kammer

Wahlkreis Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Ausgabe 25/2011

16. Dezember 2011



Europa unwiderruflich auf dem Weg zur Stabilitätsunion

Merkel erläutert vor dem Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels

Europa ist nach Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel unwiderruflich auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion. Merkel erläuterte in einer Regierungserklärung dem Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels, der weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa beschlossen hatte. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet sein, mit dem die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben.

Merkel beteuerte, dass ihr eine Änderung der EU-Verträge lieber gewesen wäre, doch sei dies an dem Veto Großbritanniens gescheitert. Mit den Gipfelbeschlüssen sei „der Weg zu einer Stabilitätsunion noch lange nicht abgeschlossen“, sagte die Kanzlerin. Der Weg „wurde eingeschlagen, und wie ich glaube, unwiderruflich“, unterstrich Merkel. Dies sei noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. „Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen.“ Diese Fiskalunion beruhe auf drei Säulen: der nationalen Eigenverantwortung, der Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen werde. Zu den Beschlüssen des Gipfels gehören die Einführung von Schuldenbremsen in den Euro-Mitgliedsländern

sowie automatische Sanktionen bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien.

Merkel äußerte Bedauern darüber, dass Großbritannien die Beschlüsse des Gipfels nicht mittragen wollte. Es stehe aber „außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der EU sein wird“ - etwa wenn es etwa um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt, den Handel und den Klimaschutz gehe. Großbritannien habe außerdem ein eigenes vitales Interesse daran, dass die Euro-Zone ihre Schuldenkrise überwinde, sagte die Kanzlerin.

Der britische Premierminister David Cameron hatte unter anderem im Gegenzug für seine Zustimmung zu einer Änderung der EU-Verträge verlangt, dass sein Land von den Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ausgenommen werde. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder kritisierte diese Haltung im Bundestag scharf. „Die Stabilität des Euro mit noch wilder ausufernden Finanzmärkten zu erkaufen, wäre so, als hätte man den Bock zum Gärtner gemacht“, sagte er. Nun wäre es notwendig, den Briten zu sagen: „Ihr habt eine Verantwortung für Europa, also berappelt Euch und macht mit.“ Kauder erinnerte daran, dass es bei der Euro-Rettung um die Zukunftschancen von Hunderten Millionen Menschen in Europa gehe.

Neuigkeiten aus Berlin

Die Weichen für den Abzug aus Afghanistan sind gestellt

Die Weichen für den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan sind gestellt. Diese Auffassung vertrat Außenminister Guido Westerwelle in seiner Regierungserklärung zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats für Afghanistan am Donnerstag im Bundestag. Er beteuerte allerdings, dass die Staatengemeinschaft das Land auch nach dem für 2014 vorgesehenen Ende des internationalen Kampfeinsatzes unter Leitung der NATO nicht im Stich lassen werde.

Afghanistan stehe besser da als vor einem Jahr und erst recht besser als vor zehn Jahren, sagte Westerwelle. Dies sei auch das Verdienst deutscher Soldaten und Diplomaten. Insgesamt böten aber Korruption, Verletzungen der Menschenrechte und die Sicherheitslage immer noch Anlass zur Sorge. Andreas Schockenhoff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU stellte heraus, dass nach zehn Jahren Einsatz die Zahl der Soldaten erstmals reduziert werde. Ohne Zweifel sei man noch nicht am gewünschten Ziel angekommen, aber die Zahl der Anschläge und Gefechte sei im Jahr 2011 erstmals zurückgegangen. Der Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeikräfte verlaufe nach Plan, betonte der Außenpolitiker.

Für Verteidigungsminister Thomas de Maizière ist das beste Zeichen des Respekts und der Anerkennung für die deutschen Soldaten eine möglichst breite Zustimmung des Bundestages zur Verlängerung des Einsatzes im Januar 2012. De Maizière erläuterte das neue Mandat: Es sieht vor, dass ab Februar die Obergrenze um 450 auf 4.900 Soldaten gesenkt werden soll. Innerhalb von zwölf Monaten soll die Truppenstärke weiter auf 4.400 Mann gesenkt werden, wenn es die Lage zulasse. Mit der Mandatsverlängerung werde der Prozess der „Übergabe in Verantwortung“ fortgeführt.



Hans-Werner Kammer bei seinem Afghanistan-Besuch im August 2011

Globaler Klimaschutz bleibt auf Kurs

Der globale Klimaschutz bleibt auf Kurs. Die Hartnäckigkeit der EU und insbesondere Deutschlands, bei den Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Durban für realistische und verbindliche Ziele zu kämpfen, hat sich ausbezahlt. Das ist ein großer Erfolg für die europäische und deutsche Klimaschutzpolitik.

Der Handlungsdruck beim Klimaschutz ist größer denn je: In den vergangenen zwölf Monaten ist der CO₂-Ausstoß so stark angestiegen wie noch nie zuvor innerhalb eines Jahres. Es ist ein großer Schritt nach vorne, dass es in Durban gelungen ist, einen Fahrplan für ein globales Klimaschutzabkommen festzulegen,

das auch die großen Emittenten wie die USA, China und Indien in die Pflicht nimmt. Auf dieser Basis war es möglich, dass sich die im Kyoto-Protokoll organisierten Staaten auf eine zweite Verpflichtungsperiode nach 2013 verständigt haben. Wichtige Fortschritte wurden in Durban zudem bei der Einrichtung des „Grünen Klimafonds“ erzielt, mit dem die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt werden sollen.

Deutschland bleibt im internationalen Klimaschutz treibende und führende Kraft. Kein Land investiert mehr in den Klimaschutz.

Verzögerungstaktik der Opposition: Neuer Sportbootführerschein muss warten

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben in die gestrige Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einen Antrag zur Neuregelung für den Sportbootführerschein eingebracht, der jedoch jetzt auf Wunsch der Oppositionsfraktionen erst im kommenden Jahr behandelt wird. Dazu erklären der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, sowie der zuständige Berichterstatter, Hans-Werner Kammer:

„Die Neuregelung des Sportbootführerscheins steht auf dem Plan, kann aber nicht sofort auf den Weg gebracht werden. Auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion wird der Verkehrsausschuss eine Anhörung durchführen. Diesem Antrag hat dann auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zugestimmt, um das parlamentarische Vorgehen nicht zu boykottieren. Das Verfahren muss jedoch beschleunigt werden: daher wird die Anhörung entgegen dem ursprünglichen Willen der Opposition bereits am 18. Januar 2012 stattfin-

den. Enttäuschend ist jedoch, dass der deutsche Wassersport durch diesen Aufschub eine ganze Saison zu verlieren droht. Vielen Menschen wird die Chance verbaut, sich für den Wassertourismus zu begeistern. Und strukturschwache Regionen müssen nun unnütz lange auf neuen wirtschaftlichen Auftrieb durch den Wassersport verzichten. Das kann doch auch nicht im Interesse der Opposition sein!

Ziel ist es, durch Erleichterungen im Führerscheinwesen die Attraktivität der Sportbootschifffahrt zu steigern. Gleichzeitig darf die Sicherheit auf den Wasserstraßen jedoch keinesfalls vernachlässigt werden. Die Koalitionsfraktionen fordern daher in ihrem Antrag eine Überprüfung der neuen Führerscheinregelungen nach drei Jahren sowie die Schaffung einer Unfalldatenbank für die Sportbootschifffahrt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist zuversichtlich, dass die Sportbootschifffahrt durch die von nun initiierten Maßnahmen einen großen Schub bekommen wird.“

Rede im Deutschen Bundestag



Am Donnerstag sprach Hans-Werner Kammer zu einem Antrag der SPD-Fraktion im Plenum des Deutschen Bundestages. Der Antrag „Duisburger Hafen muss in öffentlicher Hand bleiben“ befasst sich mit der Frage, ob der Bund seine Ein-Drittel-Beteiligung an der Duisburger Hafen AG veräußern soll, wie es die Bundeshaushaltsordnung vorschreibt. Gerade der

Standort Duisburg hat bei einem Einstieg privater Investoren sehr gute Entwicklungschancen.

Kammer sprach als einer der zuständigen Berichterstatter und kritisierte die SPD scharf. Sie habe mit diesem Antrag ein Thema aufgegriffen, das bereits zur Genüge im Bundestag und im nordrheinwestfälischen Landtag diskutiert worden sei. Selbst der Titel ist wörtlich übernommen worden. Kammer: „Sie haben schlicht und einfach abgekupfert. Abgekupfert, was die Staatskapitalisten vorgegeben haben.“ Weiter führte Kammer aus: „Unsere soziale Marktwirtschaft basiert auf dem Grundgedanken, dass sich der Staat an Erwerbsunternehmen nur ausnahmsweise beteiligen soll... Dieser Antrag zeigt jedem, der es wissen will, dass die SPD sich nicht nach rechts oder links bewegt, sondern mit voller Kraft die Vergangenheit ansteuert. Diese Menschen dürfen unser Land nicht regieren.“



Kammer: Lärmschutz an Schienenwegen verbessern

Insbesondere das gestiegene Schienengüterverkehrsaufkommen führt zu einer erheblichen Lärm-Mehrbelastung für Anwohner an Bahnstrecken. In einer Anhörung diskutierten am Mittwoch Experten und Parlamentarier im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über Möglichkeiten, den Lärmschutz zu verbessern. Dazu erklärt der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Kammer:

„Der Güterverkehr auf der Schiene ist in den vergangenen Jahren erfreulicherweise stark gestiegen. Prognosen zeigen, dass diese Entwicklung weiter anhält. Das bedeutet für viele Anwohner: mehr Verkehrslärm. Daher müssen wir dringend für den Lärmschutz neue Weichen stellen. Für neu zu planende Schienenwege sollen strengere Lärmschutzanforderungen gelten als bislang.

Die Abschaffung des Schienenbonus trifft auf uneingeschränkte Befürwortung der Experten: Die Sachverständigen haben in der gestrigen Sitzung ausführlich dargelegt, dass der Schienenbonus weder zeitgemäß noch sachgerecht ist. Daher wollen wir die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen treffen, um den Schienenbonus abzuschaffen.

Im Vordergrund steht die Lärmreduzierung an der Quelle. Dies wird z.B. mit dem zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und der Deutschen Bahn AG vereinbarten System über lärmabhängige Trassenpreise erreicht. Dies tritt Ende 2012 in Kraft. Damit wird ein Anreiz für die Umrüstung zu Güterwagen mit leisen Bremsen geschaffen. Zusätzlich soll dies durch ein Förderprogramm bis 2020 aus Lärmsanierungsmitteln unterstützt werden.“

Hintergrund:

Mit ihrem Nationalen Verkehrslärmschutzpaket II strebt die Bundesregierung an, die Lärmbelastung durch den Schienenverkehr bis 2020 um 50 Prozent zu reduzieren. Für Lärmsanierungsmaßnahmen an Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes stehen jährlich 100 Millionen Euro Haushaltsmittel zur Verfügung. Der Schienenbonus ist ein Korrekturwert, bei dem 5 db(A) vom gemessenen Schallpegel abgezogen werden. So ist es bisher in der 16. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionschutzgesetzes geregelt.

Zahl der Woche

Deutschland setzt auf Forschung. Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2010 insgesamt 46,93 Mrd. Euro in interne Forschung und Entwicklung (FuE) investiert – 3,7 % mehr als im Jahr 2009. Damit blieb die Quote der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft als Anteil am Bruttoinlandsprodukt BIP praktisch auf dem Stand des Vorjahres bei 1,89 %. Zusammen mit den staatlichen Aufwendungen beläuft sich die Quote auf geschätzt 2,82 %. Nach den neuesten Plandaten haben die Unternehmen im Jahr 2011 rund 49,34 Mrd. Euro für FuE aufgewendet, 2012 werden es voraussichtlich sogar 49,9 Mrd. Euro sein. Im europäischen Durchschnitt lag die FuE-Quote geschätzt nur bei 1,9 %. Staaten wie Schweden, Finnland, Japan oder Korea aber liegen über der 3%-Marke, und China holt weiter kräftig auf. Von 1995 bis 2009 hat China den Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 0,57 auf 1,7 % mehr als verdreifacht.

(Quelle: *Stifterverband für die deutsche Wissenschaft*)



Diese Woche im Parlament

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den **Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011** debattiert. Der Bericht gibt in verschiedenen Kapiteln einen Überblick über den Stand der Deutschen Einheit. Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt ist mittlerweile von 43 auf 73 Prozent des westdeutschen Niveaus gestiegen. Im Vergleich zu strukturschwächeren westdeutschen Ländern liegt das Niveau der ostdeutschen Flächenländer inzwischen bei 83 Prozent. Auch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den ostdeutschen Ländern hat sich fortgesetzt. Die neuen Länder werden bis 2030 voraussichtlich ein Drittel und bis 2050 sogar die Hälfte ihrer Bevölkerungszahl von 1991 verloren haben. Bei den Herausforderungen des demographischen Wandels können sie eine innovative Pilotfunktion übernehmen.

Mit dem Antrag **Wehrhafte Demokratie stärken** begrüßt die Koalition die von Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder wird die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren zum Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht klären. Desweiteren prüft eine Bund-Länder-Kommission, wie zukünftig verhindert werden kann, dass eine Terrorgruppe über Jahre unerkannt schwerste Straftaten begeht. Die Koalition ist entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen, als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen.

Nach zweiter und dritter Lesung stand das **Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung** zur Verabschiedung an. Dieses sieht eine umfassende Regelung der Mediation vor, um Möglichkeiten der außergerichtlichen Konfliktbeilegung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung und der Rechtsberufe zu verankern und

dadurch den Rechtsfrieden zu fördern sowie staatliche Gerichte zu entlasten.

Das **Gesetz zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** führt Instrumente ein, die die Gewinnung von Fachkräften auf Bundesebene erleichtern sollen. So wird etwa ein Personalgewinnungszuschlag für den Fall eingeführt, dass ein Dienstposten nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann. Auch wird die Attraktivität des ärztlichen Dienstes in den Bundeswehrkrankenhäusern durch Verbesserung der Vergütung von Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst gesteigert.

Mit dem in erster beratenen **Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches zum besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr** werden Unternehmen im elektronischen Geschäftsverkehr verpflichtet, zukünftig klar, verständlich und unmittelbar vor Abgabe der Bestellung über den Gesamtpreis einer Ware oder Dienstleistung zu informieren.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Menschenwürde ist nicht verhandelbar – Bedingungen in griechischen Flüchtlingslagern sofort verbessern** problematisiert die Lage in den Auffanglagern in Griechenland und weist auf die mehrfache Verurteilung Griechenlands vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen der Umstände in den Lagern hin. Die griechische Regierung und das griechische Parlament werden u.a. aufgefordert, die menschenunwürdigen Bedingungen in den griechischen Auffanglagern sofort zu beenden und die bereitstehenden Mittel aus den EU-Flüchtlingsfonds abzurufen, um die Situation schnellstmöglich zu verbessern. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, auf eine schnelle Verbesserung hinzuwirken.

Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Mutter-Kind-Kuren: Özkan und Kammer ziehen an einem Strang

In einem Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Kammer hat die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Aygül Özkan, betont, dass sie die Entwicklung bei den Mutter-Kind-Kuren sehr aufmerksam verfolge.

Die Ministerin wies darauf hin, dass die Medizinische Hochschule Hannover derzeit eine Studie zu einer genauen medizinischen Bewertung der Mutter-Kind-

Kuren erstelle, die sich auch mit dem von Kammer schon oft gerügten Genehmigungsverhalten der Krankenkassen beschäftigen werde. Die AOK Niedersachsen hat der Ministerin bereits signalisiert, dass sie ihr Genehmigungsverhalten an unabhängig ermittelten Daten messen lassen und zukünftig ausrichten wolle. Hans-Werner Kammer begrüßt dies ausdrücklich: „Ich freue mich über jede Krankenkasse, die sich dialogbereit zeigt. Das ist der richtige Weg!“

Kavernen: Connemann und Kammer wenden sich an Rösler



Bei einem Treffen mit Vertretern der Bürgerinitiative „Lebensqualität Horsten-Etzel-Marx e.V.“ erörterten die CDU-Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann und Hans-Werner Kammer die rechtlichen und tatsächlichen Konsequenzen der Speicherung von Gas in den Kavernen.

Connemann und Kammer würdigten, dass die Bürgerinnen und Bürger dem Ziel, durch Untergrundspeicher einen Beitrag zur Energiesicherheit zu leisten, aufgeschlossen gegenüber stehen. Einigkeit herrschte zwischen allen Beteiligten darüber, dass die rechtliche Situation der Betroffenen insofern problematisch ist,

als die im Bundesberggesetz eigentlich für Bergschäden vorgesehenen Beweiserleichterungen ausgerechnet für Schäden an Haus und Hof durch den Kavernenbetrieb nicht gelten. Die Juristin Connemann, die langwierige und teure Prozesse im Interesse der Anwohner vermeiden will, sieht hier einen erheblichen gesetzlichen Optimierungsbedarf: „Wer im Interesse der Allgemeinheit Schäden an seinem Eigentum erleidet, darf vom Rechtsstaat nicht alleingelassen werden!“

Da auch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, das Connemann in Auftrag gegeben hat, die ungünstige Rechtsposition der Anwohner bestätigt, haben sich Connemann und Kammer an Bundeswirtschaftsminister Rösler mit der Anregung gewandt, das Bundesberggesetz vor diesem Hintergrund zu überprüfen. Kammer: „Gesetze müssen in die Lebensrealität der Leute passen. Das ist hier nicht mehr so. Deshalb müssen neue Lösungen gefunden werden. Gitta Connemann ist gespannt auf Röslers Antwort: „Es ist nicht einzusehen, weshalb die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Heimat schlechter gestellt sein sollen. An der Sache bleiben wir dran!“

Wichtige regionale Verkehrsprojekte sind im Plan

Am heutigen Donnerstag hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Entwurf für den neuen Investitionsrahmenplan 2011-2015 vorgestellt. Der CDU-Abgeordnete für den Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund Hans-Werner Kammer, der dem Verkehrsausschuss angehört, zeigte sich erfreut über den Stand der Projekte in der Region: „Alle wichtigen Vorhaben sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes. Die Bahnumgehung Sande und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven sind als prioritäre Projekte eingestuft. Der Bund erkennt damit die Bedeutung und das Potenzial der Hinterlandanbindung des JadeWeserPorts an.“

Ein weiteres wichtiges Vorhaben im Investitionsrahmenplan ist die Küstenautobahn A 20 und die Bahnverbindung Hamburg/Bremen – Hannover („Y-Trasse“). Diese Strecken gelten als „weitere wichtige Vorhaben“.

Diese können erst nach 2015 begonnen werden, da sie sich noch in frühen Planungsstadien befinden. Kammer: „Bis zur Fertigstellung dieser bedeutenden Projekte wird noch viel Zeit ins Land gehen, aber es ist wichtig, dass sich der Bund frühzeitig dazu bekennt, diese Strecken realisieren zu wollen.“

Der Blick in den Entwurf des neuen Investitionsrahmenplanes macht aber auch deutlich: Die Finanzierungslücke im Infrastrukturbereich ist enorm. Allein im Bereich des Schienennetzes fehlen bis 2015 ca. 1,5 Milliarden Euro, im Bereich Bundesfernstraßen liegt der Fehlbedarf sogar bei fast 6 Milliarden Euro. Kammer sieht sich daher in seiner Forderung nach mehr Mitteln für den Infrastrukturausbau bestärkt: „Die eine Milliarde, die wir zusätzlich in Verkehrsprojekte investieren, sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber langfristig nicht ausreichend. Deutschland kann sich keinen Stau beim Infrastrukturausbau leisten.“

Kammer besucht Arbeitsagentur Wilhelmshaven

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Kammer aus Zetel hat in der vergangenen Woche die Bundesagentur für Arbeit in Wilhelmshaven besucht. Mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, Rudolf Hempfling, sprach der Abgeordnete über die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Region Friesland-Wilhelmshaven.

Der Ausblick auf die Beschäftigung in der Region fiel überwiegend positiv aus: 7360 Menschen sind derzeit in Wilhelmshaven und Friesland arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Quote von 8,7 Prozent. Kammer: „Es sind fast 500 Menschen weniger arbeitslos, als noch im Jahr 2010. Die gute Konjunktur wirkt sich auch in unserer Region aus. Dennoch ist die Arbeitslosenzahl ein Ansporn für alle in der Region, noch mehr für den Arbeitsmarkt zu tun.“ Kammer denkt dabei insbesondere an den Fachkräftemangel, der sich zunehmend auch im Raum Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund

bemerkbar macht: „Bildung ist und bleibt der Schlüssel zum beruflichen Erfolg.“

Beeindruckt war Kammer bei seinem Besuch vom Regionalen Arbeitsmarktmonitor der Bundesagentur. Das umfangreiche Statistikprogramm unterstützt die Arbeitsmarktakteure in den Regionen, langfristige Beschäftigungsstrategien zu entwickeln.

Kammer brachte bei diesem Termin erneut seinen Ärger über die Auflösung des Agenturbezirks Wilhelmshaven-Friesland zum Ausdruck. In den vergangenen Monaten hatte der Abgeordnete mehrfach an die Bundesagentur geschrieben und die Argumente der Region für den Erhalt des Agenturbezirkes Wilhelmshaven-Friesland vorgebracht: „Leider wurde nie sachlich auf die Argumente eingegangen. Auch wenn die Entscheidung bedauerlicherweise bereits gefallen ist, entlasse ich die Bundesagentur nicht aus ihrer Pflicht, sich angemessen mit den Problemen unserer Region auseinanderzusetzen.“

Weihnachtspause des Bundestages

Auszug aus dem Terminkalender:

19. Dezember 2011:	Diverse Bürgergespräche
20. Dezember 2011:	Einweihungsfeier der Sporthalle des Lothar-Meyer-Gymnasiums
21. Dezember 2011:	Besuch des Mehrgenerationenhauses Esens
24. Dezember 2011:	Weihnachtsgottesdienst auf der Fregatte „Karlsruhe“
5. Januar 2012:	Antrittsbesuch beim neuen Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven
5. Januar 2012:	Neujahrsempfang des Jagdgeschwaders Richthofen

*Meine Mitarbeiter und ich
wünschen ihnen allen ein
frohes Weihnachtsfest und
einen guten Rutsch ins Jahr
2012.*



*Lassen Sie uns gemeinsam
weiter für unsere Region
kämpfen!*

Ihr

Hans-Werner Kammer



Impressum

Hans-Werner Kammer, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: Peter Ittenbach
Telefon: 030 / 227-77 199
Fax: 030 / 227-76 199
hans-werner.kammer@bundestag.de